

Groß-Berlins Fleischversorgung.

Angenügende Leistungen der Viehverbände.

Vom 26. Juni ab wird, wie schon gemeldet, für ganz Groß-Berlin eine gleichmäßige Verteilung alles hier eintreffenden Viehs stattfinden; die Reichshauptstadt verzichtet dann auch zugunsten des gesamten Groß-Berlins auf ihre Fetteschweine, deren Lieferung sie sich für ihre eigene Bevölkerung gesichert hatte. Diese Fetteschweine kamen sogar der ländlichen Bevölkerung der Kreise Niederbarnim und Teltow zugute; die zum Teil sicherlich durch Hauschlachtungen vorgesorgt hat. Vielleicht wird hier später doch noch ein gerechter Ausgleich geschaffen werden.

Aber die Hauptsache ist, daß das Fleisch, auf das der Kartenzinhaber Anspruch hat, auch vorhanden ist. Wie Stadtrat Berndt gestern in einer Besprechung mit mehreren Pressevertretern ausführte, ist alles geschehen, um eine gerechte und schnelle Verteilung des zugeführten Fleisches herbeizuführen. Wenn bisher nicht alles nach Wunsch ging, so lag das zum wenigsten an der Stadt, auch sehr selten an den Schlächtern. Man hatte am Anfang eines außer acht gelassen: die Minderwertigkeit des heutigen Viehs. Während man früher bei Rindern und Ochsen mit einem durchschnittlichen Schlachtgewicht von 8—10 Ztr. rechnete, so begnügte man sich jetzt mit einem solchen von 4 Ztr. Aber auch diese Annahme war zu hoch. Man darf nur 3½ Ztr. in Anrechnung bringen. Manche Viehverbände lieferten Vieh, das man eigentlich nur der Freibank überweisen konnte, Schafe und Lämmer, die buchstäblich nur aus Haut und Knochen bestanden. Von der Lieferung des einen Viehverbandes mußte einmal die Hälfte beanstandet werden. Trotzdem verlangte er für solch minderwertiges Vieh die Höchstpreise; sonst drohte er, überhaupt nicht zu liefern. Es ist derselbe Viehverband, der von der Stadt Berlin einen zinslosen Vorschuß von einer Million Mark verlangte. Falls das der Reichshauptstadt nicht passe, könne sie sehen, woher sie ihr Vieh bekomme. Handelte ein ganz gewöhnlicher Kaufmann so, dann dürfte man sein Verfahren als erpresserisch bezeichnen. Nun wird der schlechte Veseher meinen, daß dagegen die Reichsfleischstelle einschreiten müßte. Aber sie ist — wie sie erklärte — hierfür nicht zuständig und nur „zur Ueberwachung“ da. Auch der Minister des Innern vermag hier nicht Wandel zu schaffen. Das ist, wie man nach langem Harren und vielfachen Anfragen erfährt, einzig und allein Sache des Landwirtschaftsministers, der sicherlich auch städtischen Beschwerden willig sein Ohr leihen wird. Um der Minderwertigkeit des Viehs Rechnung zu tragen, wird man vielleicht die Wochenmenge noch ein wenig herabsetzen müssen.

Noch ein zweiter Umstand beeinflusste die Fleischverteilung ungünstig. Mancher Schlächter verkaufte das am Sonnabend geschlachtete Fleisch, das erst für die kommende Woche (also vom Montag ab) in Rechnung gesetzt wurde, bereits am Sonntag. Natürlich fehlte ihm dies Fleisch für die kommende Woche. Von jetzt ab wird man die Sonnabend-Schlachtungen erst am Montag zum Verkauf bringen lassen. Da der Magistrat alle Vorkehrungen getroffen hat, daß die Schlächter entsprechend ihrer Rundenliste einheitlich und gleichmäßig die entsprechende Fleischmenge erhalten, so muß sich die Fleischkarte bewähren. Erhält ein Kunde trotzdem die ihm zustehende Fleischmenge nicht, so mag er sich nur schleunigst bei der zuständigen Stelle beschweren. Wegen jeden schuldigen Schlächter wird der Magistrat mit allem Nachdruck einschreiten. Er wird nicht zögern, ihm den Fleischbezug für vorerst vier Wochen zu entziehen. Zur Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs ist in Aussicht genommen, den fleischlosen Tag von Dienstag auf Mittwoch zu verlegen.

Wenn die sieben Viehverbände, die die Versorgung Groß-Berlins übernommen haben, weiter so säumig in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sind, und die Hauptaufgabe darin sehen, für ganz minderwertiges Vieh die Höchstpreise zu fordern, dann wird man mit der Herabsetzung der Wochenmenge freilich nicht so bald aufhören können. Aber wir hoffen, daß freundschaftliches Sureden des Landwirtschaftsministers bei den Viehlieferungsverbänden schon seine Wirkung tun wird.

Immerhin ist es ganz gut, daß wir nicht bloß von dem Wohlwollen dieser Verbände abhängig sind. Berlin erhält wöchentlich 400 dänische Rinder. Freilich muß sie diese vollfleischigen Tiere mit 400 bis 500 Mark teurer bezahlen als das einheimische Vieh. In jeder Woche setzt Berlin 180 000 Mark zu, wenn es dieses dänische Rindfleisch zu den bisherigen Höchstpreisen abgibt. Eine solche Belastung des Stadtsäckels ist auf die Dauer nicht möglich. Eine völlige Trennung des ausländischen vom inländischen Fleisch bietet undurchführbare Schwierigkeiten. So wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als eine durchgehende kleine Erhöhung der bisherigen Höchstpreise — etwa 5 Pfennig das Pfund — vorzunehmen. Mit dieser Frage wird man sich heute im Magistrat befassen. Die kleine Erhöhung werden die Berliner einem Verzicht auf das gute dänische Rindfleisch sicherlich vorziehen. oc.